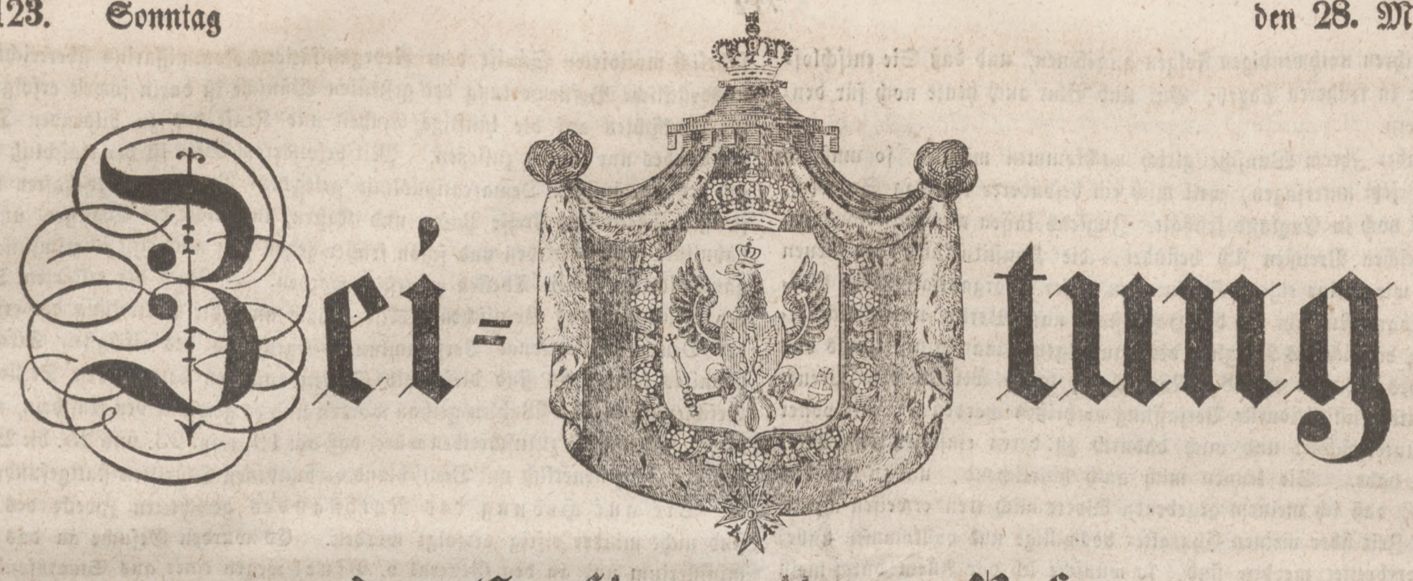
№ 123. Sonntag den 28. Mai 1848.



Zeitung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: C. Hensel.

Inland.

Posen, den 26. Mai. In gleicher Weise wie der Dr. v. Kraszewski, soll jetzt auch Gr. v. Potworowski die Präsidentur der in Gnesen zu errichtenden Polnischen Regierung abgelehnt haben; dasselbe ist vom Grafen M. Mielżyński zu erwarten, dem der General v. Pfuel denselben Antrag gemacht haben soll. Wir wollen die Gründe, mit welchen Herr v. Kraszewski seine Ablehnung motivirt hat, nicht erörtern, weil sie nach allgemeiner Ansicht bloß darauf berechnet sind, dem Gouvernement die Reorganisation zu erschweren, oder gar unmöglich zu machen. Zu unserer Beruhigung genügt es, daß unser König in der Eröffnungsrede am 22. d. M. erklärt hat, er habe durch die Polnische Auflehnung sich nicht von der Fortsetzung seiner Bemühungen, den Wünschen der Polnischen Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtungen zu entsprechen, abhalten lassen, und werde den eingeschlagenen Weg unter nothwendiger Berücksichtigung der Ansprüche der Deutschen Nationalität verfolgen. Diese Erklärung enthält durch den Entwurf zum Verfassungsgesetz für den Preußischen Staat, Tit. 1. §. 1. eine Erläuterung, die jeden Zweifel an der Reorganisation ausschließt. Wenn nämlich „alle Bundestheile der Preußischen Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange, mit Ausschluß der einer besonderen nationalen Reorganisation vorbehaltenen Theile des Großherzogthums Posen, das zum Deutschen Bunde gehörende Preußische Staatsgebiet bilden sollen", so kommt es nur darauf an, daß dieser § Gesetzeskraft erhält, und die politische Trennung des Deutschen, bereits in das Deutsche Bundesgebiet aufgenommenen Landestheils von dem Polnischen ist gewiß, und dadurch für die Deutsche Bevölkerung in dem ersteren Landestheile alles gewährt, was sie mit Recht verlangt und unter allen Umständen durchsetzen wird; denn eine nothwendige Folge der Polnischen Trennung ist die Aufhebung des Provinzialverbandes. Die nationale Reorganisition des Polnischen Landestheils mag dann im Wege der Vereinbarung zwischen der Krone und der konstituirenden Versammlung im Zusammenhange mit der, diesem Landestheile verheißenen besonderen Verfassung nach den Wünschen der Polen in wesentlichen Punkten modificirt worden, sie mag auch, wenn die Polen in ihrem neusten Patriotismus den Antrieb finden, sie beharrlich abzulehnen, ganz unterbleiben, für uns Bewohner des Deutschen Antheils ist dies gleichgiltig, wenn wir nur der Gemeinschaft mit dem Polnischen Territorium enthoben bleiben. Aber aus allgemeinen politischen Gründen müssen wir wünschen, daß die Frage der Polnischen Reorganisation in einer ganz Europa von der Gerechtigkeit der Absichten, und der unzweifelhaften Ehrlichkeit der Maßnahmen unsers Gouvernements überzeugenden Weise gelöst werde, und in unserem eigenen Interesse ist es dringend nothwendig, daß diese Lösung möglichst rasch erfolge. Wenn die N. Stettin. Zeitung Kunde von einem höhern Orts gestellten Antrage des Generals v. Pfuel haben will, wonach die Polnischen Kreise aus der Preußischen Monarchie auszuscheiden und ihrem Schicksale zu überlassen wären, das sie dann den Russen in die Arme werfen würde, so beziehen wir uns, was den ersten Theil dieser Nachricht betrifft, auf den oben besprochenen Paragraphen des Verfassungsgesetz-Entwurfs, und glauben den zweiten dahin berichtigen zu dürfen, daß unserem Gouvernement die Absicht, den Polnischen Landestheil den Russen preiszugeben, ganz fremd ist. Am sichersten würde diese Absicht erreicht werden, wenn man die Präsidentur der Regierung in Gnesen nicht Männern, wie Kraszewski, Potworowski, Mielżyński angetragen hätte, die anerkannterweise zu vernünftig sind, um eine Provokation der Russen zu wagen, wenn man vielmehr einen der Insurgentenführer an die Spitze der Polnischen Verwaltung stellte, oder einen der vielen sogenannten Patrioten, die ihre politische Weisheit aus den Schriften der Emigranten geschöpft haben. Es gereicht, meinen wir, unserem Gouvernement zur Ehre, wenn es die große und schwierige Aufgabe der Verwaltung des Polnischen Landestheils nur einem intelligenten, von allen seinen Landsleuten als befähigt anerkannten Polen anvertrauen will. Aber auf diesem Wege kommt man gewiß nicht zum Ziel, denn die Polen wollen die Reorganisation nicht mehr, und die Stimmführer unter ihnen haben sich das Wort gegeben, die Präsidentur in Gnesen nicht anzunehmen. Da bleibt unsers Erachtens dem Gouvernement nichts übrig, als in einer öffentlichen Ansprache an die Polen der Provinz alle, die zur Verwaltung dieser Stelle sich für fähig halten, zur Bewerbung aufzufordern, und wenn auch dieses zwar ungewöhnliche, doch gewiß ehrliche Mittel erfolglos bleibt, die Verwaltung des Polnischen Landestheils bewährten Deutschen Beamten, die der Polnischen Sprache kundig sind, anzuvertrauen.

Posen, den 26. Mai. Die Stadtverordneten-Versammlung hat nachstehendes Schreiben an das Staats-Ministerium gerichtet:

Hohes Staats-Ministerium!

Die Vossische Zeitung vom 25. d. M. enthält ein an den General v. Willisen gerichtetes Ministerial-Rescript vom 19. Mai c., in welchem demselben Dank ausgesprochen wird für seine verdienstlichen Bemühungen und seine aufopfernde Thätigkeit in der Reorganisations-Angelegenheit des Großherzogthums. Dies Rescript, falls dasselbe wirklich ergangen sein sollte, zeigt deutlich, daß Ein Hohes Staats-Ministerium noch immer nicht über die wahre Sachlage vollkommen unterrichtet ist, denn gerade der General v. Willisen war es, welcher nach der auf Thatsachen gestützten Ueberzeugung der gesammten Deutschen Bevölkerung durch seine zum Mindesten unklugen Maßregeln einen Zustand herbeigeführt hat, der die Provinz an den Rand des Abgrundes brachte, die Deutschen in der Provinz fast zur Verzweifelung trieb und die Königl. Truppen, bisher den Stolz jedes Preußen, dergestalt zu demoralisiren begann, daß es der höchsten Anstrengung der Offiziere bedurfte, um nicht jede Disciplin verloren gehen und das Desertiren vollständig einreißen zu lassen. Bei alle dem erreichte der General v. Willisen nicht im Entferntesten den ihm allerhöchst vorgesteckten Zweck, und es ist daher nicht ersichtlich, worin seine verdienstlichen Bemühungen und seine aufopfernde Thätigkeit bestanden. Auch wir, die Vertreter der Stadt Posen, die das nächste Recht zu einem Antrage auf Untersuchung über das zweifelhafte Benehmen des G. v. Willisen hätten, wollen gern von derselben abstrahiren, da der General durch die unzweifelhaft ausgesprochene öffentliche Meinung über ihn, unserer Ansicht nach, schon mehr bestraft ist, als er es durch ein richterliches Urtheil werden könnte; aber verwahren müssen wir uns feierlichst gegen den ganzen Inhalt jenes Rescripts, denn „schweigen" hieße: „übereinstimmen."

Die Stadt-Verordneten-Versammlung.

An Ein Hohes Staats-Ministerium zu Berlin.

Posen, den 27. Mai. Wir haben in der gestrigen Zeitung unseren Lesern die Mittheilungen gegeben, welche die Aachener Zeitung vom 22. Mai über den Prinzen von Preußen macht. Als Ergänzung der dort gemachten Aufschlüsse geben wir heut nachstehenden Artikel, der sich in der zweiten Beilage der Berliner Vossischen Zeitung vom 24. Mai findet:

Die von dem gesammten Staatsministerio bei Sr. Maj. dem Könige beantragte Zurückberufung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat mehrfache Anfechtungen erfahren. Es gewährt den Unterzeichneten eine hohe Freude, durch Se. Königl. Hoheit autorisirt zu sein, das eigenhändige Antwortschreiben, welches Höchstderselbe auf eine Bitte der Stände des hiesigen Kreises um seine Rückkehr ins Vaterland, an diese erlassen hat, der Oeffentlichkeit zu übergeben, und durch den Gebrauch dieser Erlaubniß gerade im jetzigen Augenblick, wie wir zuversichtlich hoffen, die deshalb entstandenen Parteien zu beruhigen und jede wegen seiner Rückkehr etwa gehegte Besorgniß in Freude zu verwandeln.

Belgard, den 20. Mai 1848. H. v. Kleist Retzow, Landrath; v. Podewils und Bruns, Kreisdeputirte; Bauck, bisheriger ständischer Landtags-Abgeordneter des Kreises.

Antwort Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen.

Meine Herren. Mit Freude und Rührung habe ich die Adresse der zum Belgarder Kreistage versammelt gewesenen Stände, welche an mich die Aufforderung enthält, in Ihre Mitte zurückzukehren, entgegengenommen. Sie war mir ein neuer Beweis jener Liebe und Anhänglichkert, welche die treuen Pommern gegen das Königl. Haus und gegen mich so oft bethätigt haben. Ihre Adresse hat meinem Herzen wohlgethan und ich spreche Ihnen für dieselbe meinen Dank aus, um so mehr als ich vollkommen Ihre in derselben ausgesprochene Gesinnung theile:

daß Sie die in eine konstitutionelle Monarchie verwandelte Verfassung des

Staats, mit ihren nothwendigen Folgen annehmen, und daß Sie entschlossen sind, wie in früheren Tagen, Gut und Blut auch heute noch für denselben zu opfern.

So gern ich aber Ihrem Wunsche gleich nachkommen möchte, so muß ich mir die Freude für jetzt untersagen, weil mich ein besonderer Auftrag Sr. Maj. des Königs zur Zeit noch in England festhält. Zugleich lassen mir die besonderen Verhältnisse, in welchen Preußen sich befindet, die Konstituirung der neuen Rechtszustände, so wie meine eigene Stellung zu dieser Reorganisation der Monarchie die unmittelbare Rückkehr in die Hauptstadt nach Berlin unerläßlich erscheinen. Sie wissen, daß ich als Mitglied des damaligen Staatsministeriums das Patent Sr. Maj. des Königs v. 18. März d. J., durch welches dem Preuß. Volke die vorgenannte konstitutionelle Verfassung verheißen worden ist, mit voller Uebereinstimmung unterzeichnet und mich dadurch zu deren einstiger Aufrechterhaltung verpflichtet habe. Sie kennen mich auch hinreichend, um zu mir das Vertrauen zu hegen, daß ich meinem gegebenen Worte mich treu erweisen werde. Da aber in letzterer Zeit über meinen Charakter böswillige und vollkommen unbegründete Gerüchte verbreitet worden sind, so wünsche ich vor Allem durch mein persönliches Erscheinen in Berlin, denselben bald entgegentreten zu können. Später werde ich dann freudig in Ihre Mitte eilen! Indem ich Sie schließlich ermächtige meine Herren, von dieser Erklärung den Gebrauch zu machen, der Ihnen für Ihren im Auge gehabten Zweck angemessen erscheinen mag, verbleibe ich

Ihr wohlgewogner Prinz von Preußen.

London, den 2. Mai 1848.

△ Posen, den 27. Mai. Ein Brief aus Berlin vom 24. d. M. schildert uns das Mißfallen, welches die Nachricht von Eröffnung der National-Versammlung in dem weißen Saale des Schlosses hervorgerufen. Man wollte darin eine Herausforderung der Regierung, eine Ueberhebung über die National-Versammlung erblicken. Eine am 20sten Abends an den Minister-Präsidenten Camphausen von einer großen Versammlung der Abgeordneten gesandte Deputation, welche die Abänderung des Progamm, die Eröffnung in der Sing-Akademie verlangte, erhielt die Zusicherung, daß dieser Punkt im Staats-Ministerium zur Sprache gebracht werden solle. Da bis um 12 Uhr des folgenden Tages noch kein Bescheid eingegangen war, begab sich eine neue Deputation zu Herrn Camphausen, und da dieser sich in Sanssouci beim Könige befand, demnächst zu Hrn. v. Auerswald. Derselbe versicherte, daß weder der König noch das Ministerium entfernt darauf gefallen sei, die National-Versammlung durch die getroffene Einrichtung verletzen zu können. Nur der Umstand, daß das Schloß die der Sing-Akademie abgehenden Räumlichkeiten zu einer würdevollen Eröffnung enthalte, sei der Anlaß dazu gewesen. Die nöthigen Abänderungen, namentlich das Aufschlagen des Thrones im Saale der Sing-Akademie noch bis zum nächsten Tage zu treffen, werde unmöglich sein. Der Minister versprach bis Abends einen definitiven schriftlichen Bescheid, der auch um 7 Uhr ablehnend eintraf. Ein großer Theil der Versammlung beschloß nunmehr, an der Eröffnungsfeierlichkeit gar nicht Theil zu nehmen. In Folge des wiederholten Andranges der Uebrigen, nicht von vorn herein eine Spaltung mit der Regierung an den Tag zu legen, entschloß man sich endlich zu dem Auskunfts-Mittel, dem Ministerium zu erklären, daß man in dem weißen Saale die Geschäfte förmlich beginnen und ihn daher zunächst zum Sitze der National-Versammlung machen werde. Dieser Vorschlag wurde bereitwilligst angenommen. Das Ministerium erklärte, es werde selbst für Gesetzvorlagen sorgen. Dieß hatte zur Folge, daß nur etwa 10 Abgeordneten der rein demokratischen Partei sich von der Eröffnung ausschlossen. „Die Feierlichkeit selbst“ schreibt unser Berichterstatter weiter, „hat auf mich fast denselben gemischten Eindruck von freudiger Erhebung und wehmüthigem Ernst hervorgebracht, den ich bei Aufpflanzung unseres Deutschen Banners in Posen empfand. Auch hier bildet eine in Trümmern versunkene Vergangenheit den Hintergrund. Der König hat eine ernste würdevolle Haltung, die Lebehochs nahm er mit sehr verbindlichen Begrüßungen entgegen. Den Eindruck eines historischen Aktes machte das Vortreten des Ministers v. Schoen als Alters-Präsidenten, dem es als 76jährigem Greise vergönnt war, an die Vollendung des Werkes, dessen Herstellung das Ziel seines Lebens gewesen, die erste Hand zu legen.

Posen, den 27. Mai (Das Deutsche Central-National-Comité.) Jetzt, wo der Strom der äußern Bewegungen allmählig wieder in sein Bett zurückkehrt, wo es den Anschein gewinnt, als ob man nur noch mit den Folgen der letzten Insurrection zu thun habe, als ob es nur noch darauf ankomme, die geschlagenen Wunden zu heilen, könnte leicht die Nothwendigkeit der fernern Wirksamkeit des Comiés in Zweifel gezogen werden. Und doch ist sie nach allen den drei Richtungen, die wir am 15. d. M. (Nr. 115 dieser Ztg.) hervorhoben, fast nie so in Anspruch genommen worden, als eben jetzt.

Die Ausführung der Demarcation, dieses Lebensprinzipes der hiesigen Deutschen Sache hat vor Allem das Comité ohne Unterbrechung im Auge haben müssen; es hat die Nothwendigkeit dieser Ausführung in allen ihren Consequenzen, die Nothwendigkeit insbesondere einer vollständigen Verbindung der Deutsch gewordenen Theile mit Deutschland, der baldigen planmäßigen Reorganisation der Polnischen Theile und der baldigen Auflösung des Großherzogthums Posen, als solchem in der möglichst zahlreich verbreiteten Denkschrift vom 15. Mai d. J. beleuchtet, es hat dem entsprechend, besondere Anträge an das Staatsministerium und den Reorganisations-Kommissarius abgehen lassen; — es hat aber auch alle Wünsche und Anträge der durch die vorläufige Demarcationslinie von den Deutschen Theilen ausgeschlossenen Einwohner, welche mit Deutschland vereint sein wollen, bereitwillig angenommen, gesammelt und so eben mit einer ausführlich motivirten Schrift dem Reorganisations-Kommissarius überreicht. Eine ausdrückliche Befürwortung der gestellten Wünsche ist darin soweit erfolgt, als es die Rücksichten auf die künftige Einheit und Kraft des zu bildenden Deutschen Verbandes nur irgend zuließen. Mit besonderem Eifer ist der Anschluß der nahe an der vorläufigen Demarcationslinie gelegenen Deutschen Ortschaften und derjenigen Theile der Kreise Posen und Kosten, in welche die Chaussee- und Eisenbahnlinie fällt, betrieben und schon früher gegen jede auch nur interimistische Reorganisation in diesen Theilen protestirt worden. — Nach der erklärten Trennung der Deutschen und Polnischen Theile mußte auch die Vertretung der ersteren bei der Deutschen National-Versammlung Gegenstand des eifrigsten Strebens des Comités sein. Es sind dieserhalb Schritte an den betreffenden Stellen wegen Beschleunigung der Wahlen gethan worden und es gewinnt den Anschein, als ob es diesen vornehmlich zuzuschreiben wäre, daß am 19. resp. 23. und 25. die Wahlen in den erst ganz neuerlich mit Deutschland verbundenen Distrikten stattgefunden haben.

Die auf Hebung des Nothstandes gerichteten Zwecke des Comités sind nicht minder eifrig verfolgt worden. Es wurden Gesuche an das Staatsministerium und an den General v. Pfuel wegen einer aus Staatsfonds zu bewilligenden Summe von circa 100,000 Rthlr. für die durch die Insurrection Beschädigten gerichtet und es steht die Bewilligung in Aussicht. Aehnlich ist beim Kriegs- und Finanz-Ministerium wegen Erweiterung der Fonds zum Festungsbau petitionirt worden, um dadurch dem Proletariat eine Ableitung zu verschaffen. Warme Aufforderungen zur Einsendung milder Beiträge für die in den letzten Wochen Verunglückten unserer Provinz sind durch ganz Deutschland versandt und lassen den besten Erfolg hoffen. — Dem bevorstehenden Wollmarkt droht ein Mangel an Frequenz, der für alle Verkehrsverhältnisse von Einfluß sein würde. Das Comité hat deshalb bei den Behörden die Veröffentlichung beruhigender Bekanntmachungen über die Gefahrlosigkeit der hiesigen Zustände, ins Besondere über die Sicherheit der Verbindungsstraßen erbeten.

Die Preß-Angelegenheiten endlich haben ebenfalls mit angestrengter Thätigkeit betrieben werden müssen. Es ist gelungen, dem bessern Theil der öffentlichen Blätter über das Rechtliche und Sittliche der Deutschen Regungen im Großherzogthum und über das, keine Mittel, selbst die Anarchie und den Jesuitismus nicht scheuende, Treiben der Gegenpartei die Augen zu öffnen, während freilich ein anderer Theil nicht aufhört, immer neue Waffen zu schmieden, jede, selbst die nothgedrungenste Maßregel der Behörden zur Niederdrückung der letzten Insurrections-Funken in der widerlichsten Entstellung zu verbreiten und als Beläge eines fanatischen Vernichtungskrieges der Deutschen gegen die Polen auszubeuten oder wohl gar vereinzelte Brutalitäten der von ihren Familien, von ihrem Erwerb gerissenen und darum vorzüglich aufgeregten Landwehrmänner als militärisch befohlene Executionen anzusehen. — Den neben unseren wirklichen Abgeordneten nach Frankfurt entsendeten außerordentlichen Deputirten ist es mit zur Aufgabe gestellt, gegen diese feindlichen Richtungen in den uns ferne stehenden Organen der Presse zu wirken, während man hier in den nähern Kreisen durch würdige und wahrheitstreue Darstellungen das rechte Licht zu verbreiten fortfahren wird.

Ƶ Posen, den 27. Mai 1848. Durch die unglücklichen Zeitverhältnisse ist ein großer Theil unserer Handel- und Gewerbtreibenden besonders hart betroffen worden. Der ziemlich beträchtliche Produktenverkehr bringt die Provinz, namentlich aber unsere Stadt in bedeutende Verbindung mit Berlin und Stettin, und die Calamitäten dieser Märkte verfehlen ihren Rückschlag hier nie. Sehr nachtheilig mußte demnach die dort herrschende Geschäftsstockung und die eingetretene Zahlungsunfähigkeit mehrerer größeren Häuser wirken. Den Verkehr lähmt aber auch der sehr gedrückte Preis aller Produkte gegen den des vorigen Jahres, der gestörte Sicherheitszustand und der damit zusammenhängende Mangel an Vertrauen in der Ferne, wodurch der ohnehin gehemmte Credit im empfindlichsten Grade verringert ist, ferner der niedrige Cours aller Fonds und die Schwierigkeit der Beleihung derselben, endlich die durch die Insurrection eingetretene Gefährdung aller in Waldungen u. s. f. angelegten Capitalien.

Soll dem hiesigen Handel irgend aufgeholfen werden, so ist die schleunigste Regulirung der Provinzial-Verhältnisse dringend nothwendig; denn nur, wenn der Zustand der Dinge bei uns ein geordneter ist, werden die sehr gelockerten kommerciellen Beziehungen auswärtiger Plätze zu uns wieder inniger werden. Hoffen wir, daß schon der Verkehr am bevorstehenden Wollmarkt ein starker und erfreulicher werde.

≏ Berlin, den 25. Mai. Der Preußischen Nationalversammlung, die heute in der mit Bürgergarden wohl besetzten Singakademie ihre erste Zusammenkunft hat, werden mannigfache Ansprachen und Aufforderungen vorbereitet. 1500 Petitionen sollen bereits eingegangen sein. Von mehreren Klubbs ist eine Adresse beschlossen worden, in der die Volksvertreter angegangen werden, erstens: sich nicht als eine mit der Krone über die Verfassung sich vereinbarende Körperschaft zu betrachten, sondern als definitiv konstituirende Versammlung zu erklären, zweitens: die Berliner Revolution ausdrücklich und feierlich als eine glorreiche anzuerkennen und endlich drittens: den gesammten Verfassungsentwurf, wie er vom Ministerium vorgelegt worden, in Pausch und Bogen zu verwerfen.

Zu den ernsten Seiten unseres Dramas fügen sich nun auch die humoristischen. Der Berliner Witz, der an den Barrikaden verloren gegangen zu sein schien, und wenn er sich zu zeigen wagte, vor des Lebens Strenge scheu zurückweichen mußte, beginnt doch endlich wieder seine unabschwächbare Natur geltend zu machen und mit den wuchtvollen Bauquadern unserer Zukunft wie mit den Ruinen der Ver-

gangenheit launenhaft Fangball zu spielen. Doch äußert er sich weder harmlos, noch durchweg originell. Unsere Straßenecken sind von beißend witzigen Anschlägen in Vers und Prosa bedeckt, unsere Kunstläden mit Zerrbildern geziert und verunziert, unsere Nächte ertönen nicht von zärtlichen Liedern, sondern von Katzenmusiken. Bald werden die Materialwaarenhändler mit unedeln Tönen heimgesucht, weil sie ihren Commis und Lehrjungen nicht Sonntags von 2 Uhr ab Ferien geben wollen, bald Fabrikbesitzer, weil sie keinen erhöhten Lohn ihren Arbeitern gewähren, bald die Minister, weil sie sich unterstehen anderer Meinung zu sein als die souveränen Männer von den Rehbergen, die seit dem 18. Maerz den Urquell aller politischen Weisheit aufzufinden so glücklich waren. Gestern Abend wagten es etwa 1500 „reactionäre" Landwehrmänner den Ministern, wie dem Kommandeur der Bürgerwehr, General v. Aschoff, Lebehochs zu bringen, noch keine Viertelstunde verging, so waren die harmoniereichen Kater zur Stelle. Der erwähnte General hatte an dem vorgestrigen Abend nicht weniger als drei jener Ständchen zu hören; als eine halbe Stunde nach Beendigung des ersten der zweite Trupp mit Knarren, Pfeifen und Johlen heranrückte, erschien der Portier mit sauerhöflichen Mienen an der Thür und rief: „Aber meine verehrten Herren Sie sind ja eben erst dagewesen." Auch Hr. v. Minutoli, unser Polizei-Präsident, ist mit einem Dissonanzengruß bedacht worden, er aber trat auf den Balkon und sprach gegen die musikalische Gesellschaft seinen tiefgefühlten Dank für die ihm dargebrachte Huldigung aus. Seit dem bekannten Erlaß desselben tragen unsere Colporteure jetzt Brustschilde von Papier, auf denen zu lesen ist: „Wirklicher Geheimer Colporteur.

N. S. Die heutige Sitzung unserer Nationalversammlung war eine vollständige Niederlage der Polnisch radikalen Parthei. Jung mußte zweimal unter Lärmen die Tribüne verlassen. Das Benehmen der linken, an Zahl geringen Seite hat jeden Deutschen Abgeordneten empört.

Berlin, den 25. Mai. Ueber die bedauerlichen Ereignisse, durch welche die Ruhe der Stadt Mainz gestört worden ist, so wie über die Wiederherstellung der Ordnung durch die energischen Maßregeln des Festungs-Gouvernements, sind wir im Stande, aus amtlichen Berichten folgende Aufklärungen zu geben. Schon lange waren die hier garnisonirenden Truppen, namentlich die Preußischen, durch immer erneute Schmähreden, durch Herabsetzung der Thaten der Bundes-Armee in Schleswig und ausfordernde Beleidigungen gereizt worden; es war sogar mehreremale in der Nacht auf Schildwachen und Patrouillen geschossen worden. Doch war es durch die ruhige Haltung der Truppen und thätige Aufsicht des Militair-Gouvernements gelungen, Exzesse zu vermeiden und die Mißstimmung auf Seiten der Truppen zurückzuhalten, die sich nur in gelegentlichen Zänkereien äußerte. Eine solche führte in einem hiesigen Gasthofe zu einer unbedeutenden Schlägerei, bei welcher Gelegenheit eine bewaffnete Bürger-Patrouille wider ihre Befugnisse einen Preußischen Unteroffizier verhaftete und als Arrestanten über die Straße führte. Dies und die Verwundung eines zweiten Preußischen Soldaten bei beabsichtigter Verhaftung steigerte die Aufregung immer mehr. Gegen dieses anmaßende Einschreiten nahm das Festungs-Gouvernement sofort, wie schon früher und wie gegen einige andere Uebergriffe der Bürgerwehr, die Mitwirkung des Territorial-Kommissairs in Anspruch. Am 21. d. M. endlich schien es vorbereitet gewesen zu sein, über die Garnison herzufallen, indem um $\frac{1}{4}$9 Uhr Abends plötzlich Lärm entstand, und als zum Zusammenrücken der Mannschaft Generalmarsch geschlagen wurde, wurden einzeln und auch gruppenweise nach Hause eilende, zum Theil unbewaffnete Preußische Soldaten, von Mannschaften der Bürgerwehr, und wahrscheinlich solchen, welche die Wache am Theaterplatz bezogen hatten, theils erschossen, theils mit Sensenhieben, Bajonnet- und Dolchstichen verwundet, deren Zahl bis zum 22sten früh sich auf 4 Todte und 31 Verwundete herausstellte, während von den Bürgern bis jetzt nur 2 schwer Verwundete und 2 leicht Verwundete ermittelt wurden. Ein fünfter wurde in der Nacht von einem Preußischen Posten, dem er zuerst mit Mehreren, dann, aufgefordert, sich zu entfernen, allein höhnend und schimpfend entgegentrat, erschossen. Als das Festungs-Gouvernement sah, daß das Volk sich mit allen Waffen, und darunter eine bedeutende Anzahl von Turnern und Bürgerwehrmännern, immer mehr anhäufte und angriffsweise vorzugehen drohte, und es selbst seinerseits einen nächtlichen Straßenkampf und weiteren Verlust der Mannschaften und Vergießen von Bürgerblut vermeiden wollte, zog es die Truppen auf die Wälle zurück, erklärte die Stadt in Kriegszustand und erließ um Mitternacht die unten folgende Kundmachung. Da hierauf sich das Volk größtentheils verlief und die Maßregeln der Entwaffnung wegen eingetretener Nacht nicht ganz durchzuführen waren, so verlängerte solches den Termin der Ablieferung der Waffen der Bürgerwehr und Turner bis auf Mittag 12 Uhr, entschlossen — wenn nicht unbedingt Folge geleistet würde — die Stadt zu beschießen. Die Truppen blieben sämmtlich Nachts unter den Waffen. Gegen Mittag wurden die Meldungen erstattet, daß, bis auf einige wenige, sämmtliche Waffen der Turner und Bürgerwehr an die benannten Uebernahms-Kommissaire übergeben seien, von wo sie im Zeughause deponirt und die der Großherzoglichen Regierung gehörigen Gewehre nach Darmstadt zurückgesendet werden. Mit der Entwaffnung der Einwohnerschaft an Jagdgewehren, Pistolen, Dolchen u. s. w. wird fortgefahren, und, wenn auch der eigentliche Belagerungs-Zustand aufgehoben ist, dennoch die Handhabung der strengsten polizeilichen Maßregeln von Seiten des Festungs-Gouvernements zur Erhaltung der Ordnung fortgesetzt. Zur Untersuchung des Thatbestandes wurde bereits 4 Uhr Nachmittags eine gemeinschaftliche Militair- und Civil-Kommission zusammengesetzt, bestehend aus dem Königl. Preußischen Oberst-Lieutenant Heuseler, dem Kaiserl. Oesterreichischen Major v. Hopfern und Königl. Preußischen Inspektions-Auditeur Schlarbaum, dann dem Großherzoglich Hessischen Kreisgerichts-Rath Bellue und dem Staats-Prokurator Dr. Kuyn. Die möglichste Beschleunigung der Untersuchung, so wie Ausmittelung der Schuldigen, ist dieser Kommission zur besonderen Pflicht gemacht. Das Festungs-Gouvernement berichtete sogleich an die Bundes-Versammlung in Frankfurt, welche noch am 22. die getroffenen Maßregeln guthieß und die desfallsige Verfügung nach Mainz durch einen Kaiserl. Oesterreichischen Offizier abgehen ließ.

Die eben eröffnete Bekanntmachung lautet, wie folgt: „An die Bürger und Bewohner der Stadt Mainz. Das Festungs-Gouvernement hat unterm 21. Mai, Abends 10 Uhr, Nachstehendes erlassen: Nachdem die Waffen gemißbraucht worden und mehrere Soldaten getödtet und verwundet sind, verlangt das Festungs-Gouvernement die sofortige Ausführung folgender Maßregeln: 1) Sämmtliche zur Bewaffnung der Bürgerwehr- und Turner-Kompagnieen verwendeten Gewehre, Büchsen, Sensen und Pistolen sind sofort in der Hospital-Kaserne dem Königlich Preußischen Oberst-Lieutenant Heuseler abzugeben, welcher dieselben, auf Verlangen gegen Quittung, zu übernehmen beauftragt ist. 2) Die bewaffnete Bürgergarde ist aufgelöst und kann erst mit Erlaubniß des Festungs-Gouvernements wieder organisirt werden. 3) Die Polizei-Maßregeln werden, bis sichere Gewährleistung zur Herstellung der Ruhe geleistet ist, im Sinne des Festungs-Reglements vom Festungs-Gouvernement gehandhabt. 4) Es dürfen keine öffentliche Zusammenrottungen und keine Versammlungen von mehreren Personen auf der Straße stattfinden. Jede Aufforderung, auseinanderzugehen, ist sogleich zu befolgen. Bei Widersetzlichkeiten werden Arrestationen erfolgen und nöthigenfalls die Waffen angewendet werden. 5) Jede andere noch zur Aufrechthaltung der Ordnung sonst erforderliche Maßregel behält sich das Festungs-Gouvernement vor. 6) Die strengste Untersuchung und Bestrafung der heute verübten Tödtungen und Verwundungen wird durch eine gemeinschaftliche Kommission sofort veranlaßt werden. 7) Wenn innerhalb zweier Stunden nach Publikation dieser Vorschriften die Waffen nicht abgeliefert sind, wird die Stadt beschossen. Unterzeichnet: von Hüser und Jetzer."

In Bezug hierauf hat der Bürgermeister Folgendes erlassen: „Mitbürger! In Folge der bereits gestern Abend geschehenen Verkündigung vorstehenden Gouvernements-Beschlusses ist nur ein Theil der Waffen abgeliefert worden. Den dringenden Vorstellungen der bürgerlichen Behörden ist es zwar gelungen, die im Art. 7 angedrohte Maßregel für die vergangene Nacht abzuwenden und eine Verlängerung des Termins zur Ablieferung der Waffen bis heute Mittag 12 Uhr zu erwirken. Inzwischen bleiben die Thore gesperrt, die Dampfschiffe dürfen nicht abfahren, und aller Verkehr ist gehemmt. Es liegt daher in unserem allerhöchsten Interesse, alles dazu beizutragen, damit die Anordnung zur Ablieferung der Waffen auf das schleunigste befolgt und grenzenloses Unglück von unserer Stadt abgehalten werde. Ich lade somit alle Bewohner auf das dringendste ein, die Waffen unverzüglich auf dem Stadthause abzugeben und sich überhaupt den Bedingungen des Gouvernements-Beschlusses unweigerlich zu fügen, weil nur auf diese Weise zu hoffen ist, daß der bereits eingetretene traurige Zustand für unsere Stadt baldigst aufhöre und die unberechenbaren Folgen, welche durch eine längere Dauer entstehen, möglichst schnell wieder abgewendet werden. Mainz, den 22. Mai 1848. Der Bürgermeister Nack."

Eisenach, den 15. Mai. Man schreibt der Allg.: Seit ungefähr 14 Tagen bewohnt die Herzogin von Orleans einige Zimmer dahier im Großherzgl. Schloß. Sie lebt höchst einfach und zurückgezogen mit einer einzigen Kammerfrau. Ihre beiden Söhne haben einen Hofmeister. Die hohe Frau macht in Begleitung ihrer Kinder häufige Spaziergänge in die schönen Umgebungen; fährt sie, so bedient sie sich eines Miethwagens. Dem Vernehmen nach wird sie den ganzen Sommer hier verweilen, ja vielleicht für immer in Eisenach wohnen und während der wärmeren Monate die drei kleinen Zimmer im Ritterschloß der Wartburg (wo auch Luthers Wohnung gewesen) beziehen, welche seit längerer Zeit als Absteigquartier für die Weimar'schen Prinzen in einfachem Style eingerichtet ist. Es geht das Gerücht, daß auch Ludwig Philipp, des wohlfeilen Aufenthalts wegen, nach Eisenach übersiedeln wolle.

Koburg, den 24. Mai. Die D. A. Z. berichtet über einen am 14. d. stattgehabten Vorgang, der in die Reihe jener bizarren Tageserscheinungen gehört, welche zwar als Symptome eines tief greifenden Krankheitszustandes etwas Betrübendes, aber auf der andern Seite auch wieder etwas sehr Lächerliches und Possierliches haben. Ein bedeutender Volkshaufe zog nämlich tobend vors Schloß und Einige riefen den Herzog heraus, um ihm anzukündigen, daß sie ihn abgesetzt und im Ländchen die Republik proklamirt wünschten. Der Herzog erklärte höflich, daß er gern bereit sei, dem Throne zu entsagen, wenn die Mehrzahl des Volkes sich für die Republik ausspreche. Sofort aber erhob sich auf der andern Seite der Ruf: „Es lebe die konstitutionelle Monarchie; keine Republik!" Beide Parteien wurden immer heftiger, und zuletzt löste der Tumult sich in eine Prügelei auf.

Rendsburg, den 22. Mai. Der Bericht des Majors von Zastrow über seine Expedition nach Aarhuus vom 9. bis zum 14. Mai enthält im Wesentlichen Folgendes:

„Am 9. d., Morgens 6 Uhr, brach er mit dem 3. und 5. Linien-Bataillon, 2 Eskadronen Dragoner und 4 sechspfündigen Geschützen von Veile auf, erreichte Horsens 12 Uhr Mittags und bezog enge Kantonirungen in der Stadt. Die Nacht verging ruhig. Da ausgeschickte Patrouillen die Nachricht brachten, daß,

nach Aussage der Einwohner, Aarhuus stark vom Feinde besetzt sei und das Ziel des Marsches möglichst geheim bleiben sollte, so ward das Gerücht verbreitet, daß nur eine Streiftour nach Skanderborg beabsichtigt werde. Am 10. d., 6 Uhr Morgens, brach das Korps auf, verfolgte die Chaussee nach Skanderborg bis zum Dorfe Haustedt und schlug erst rechts einen Feldweg ein, als es von Horsens nicht mehr gesehen werden konnte, um auf der alten Straße Aarhuus zu erreichen. Eine in Haustedt zurückgelassene Patrouille machte die weitere Beobachtung des Marsches unmöglich. Nach 11stündigem, höchst angreifendem Marschiren bei starker Hitze und unerträglichem Staube erreichte man Aarhuus, dessen Magistrat und Bürgerschaft, im Gegensatz zu den Bewohnern der südlichen Theile Jütlands, einen unverhaltenen Groll und eine grenzenlose Erbitterung in ihrer ganzen Haltung zeigten, so daß eine sehr ernste Sprache und noch ernstere Vorsichts-Maßregeln nöthig erschienen. Stadt- und Thorwachen wurden bezogen, Feldwachen ausgestellt, der Hafen besetzt, die Geschütze vor dem Rathhause in Gegenwart der Einwohner mit Kartätschen geladen, die Truppen bivouakirten in den Straßen. Indessen sahen die ausgeschickten Patrouillen nichts vom Feinde, und die Nacht verstrich ruhig. Den folgenden Ruhetag, den die Erschöpfung der Truppen nöthig machte, benutzte Major von Zastrow zur Ordnung des ihm aufgetragenen Requisitions-Geschäftes und zur Einziehung mehrfacher militairischer und politischer Notizen über die Zustände des nördlichen Jütlands. Am Vormittage ließ er ein zweimastiges Kauffahrteischiff, das ohne Bemannung und Ladung auf der Rhede lag, durch zwei bemannte Böte nehmen und in den Hafen führen. Die Böte mußten dazu erst aus dem Wasser geholt und kalfatert werden, da die Einwohner ihre sämmtlichen Böte versenkt hatten. Nachmittags 3 Uhr näherte sich das Dampfboot „Hecla" der Stadt auf Kanonenschußweite, ohne die Truppen, die absichtlich versteckt gehalten wurden, gewahr zu werden, warf Anker und ließ seinen Dampf aus der Maschine. Nun wurde Generalmarsch geschlagen, ein Geschütz bei der Kirche, zwei in der Nähe des Hafens placirt und ein wirksames Feuer auf den „Hecla" eröffnet, der 7 Schüsse in den Rumpf bekam und nach schwacher Erwiederung unter Segeln die Rhede verließ. Während der Kanonade sandten die Vorposten Meldung, daß feindliche Truppen im Anmarsch seien; zu ihrem Empfange wurden die nöthigen Vorkehrungen rasch getroffen, während zugleich das Feuer mit verdoppelter Kraft fortgesetzt wurde. Die Nachricht erwies sich bald als falsch, indem zurückkehrende Patrouillen für Feinde gehalten worden waren. Obgleich die Lage schwierig genug gewesen wäre, wenn sich dieselbe bestätigt hätte, so erwiesen sich die Truppen doch voll des besten Selbstvertrauens. Auch die zweite Nacht verstrich den abermals in den Straßen bivouakirenden Truppen ruhig, und nachdem dann am anderen Morgen um 6 Uhr der Stifts-Amtmann von Graah befohlenermaßen arretirt worden war, trat das Korps den Rückmarsch an, übernachtete in Skanderborg, erreichte Tages darauf (am 13.) Horsens, wo es in den Straßen bivouakirte und dann Abends 10 Uhr nach Veile aufbrach. Es hatte sich nämlich das aus mancherlei Anzeichen ziemlich glaubwürdig erscheinende Gerücht verbreitet, der Feind sei in der Sandjerwicker Bucht gelandet, so daß Major von Zastrow den Plan faßte, ihn dort wo möglich zwischen zwei Feuer zu bringen, und zu dem Ende den Prinz General die Bitte zusandte, ihm im Fall eines Gefechts von Veile aus Truppen entgegen zu schicken. Indessen war der überall angemeldete Feind auch hier nicht erschienen, und man erreichte ungefährdet Morgens 5 Uhr Veile, wohin Nachmittags auch eine von Aarhuus über Randers und Wiborg gesandte Patrouille von 6 Dragonern zurückkehrte, ohne auf feindliche Truppen gestoßen zu sein. Die von den Aemtern Aarhuus und Skanderborg requirirten Lebensmittel für 7500 Mann auf vierzehn Tage sind nicht ermäßigt worden, wie die Dänischen Blätter berichtet haben, sondern Major von Zastrow hatte statt der sofortigen Lieferung, von deren Unthunlichkeit er sich überzeugte, eingewilligt, sie nach 5 Tagen bei der Thyrstedter Kirche (eine halbe Meile südlich von Horsens) in Empfang zu nehmen. Als er am 16. Morgens 11 Uhr mit 3 Schwadronen und ½ Batterie von Veile dorthin kam, fand er sie bereits vor, und es fehlte kein Jota an der ausgeschriebenen Lieferung von 2908¾ Scheffel Roggen, 58,597½ Pfd. Fleisch lebendes Gewicht, 11,158 Pfd. Butter, 5544 Pfd. Salz, 17,225 Qrt. Branntwein, 29,553 Pfd. Graupen, 9020 Scheffel Hafer und 3000 Pfd. Taback."

— Gestern ist hier eine Deputation aus dem nördlichen Schleswig, bestehend aus Stadt- und Landbewohnern, eingetroffen, deren Mission dahin gerichtet ist, bei der provisorischen Regierung einen feierlichen Protest gegen die Abtrennung irgend welchen Theils des Herzogthums Schleswig und dessen Einverleibung in das Königreich Dänemark, falls davon bei den Friedens-Unterhandlungen die Rede sein würde, einzulegen. Wortführer der Deputation ist der Dr. Michelsen aus Hadersleben, ein Bruder des Geheimen Justizraths und Professors Michelsen in Jena.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 21. Mai. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung befand sich Buchez nicht auf dem Präsidentensitz. An seiner Stelle eröffnete Senart (aus Rouen) um 1 Uhr die Sitzung. Charbonnel ergreift das Wort, um darauf zu bringen, daß in dem Comité zur Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse jedes Departement seinen Vertreter habe. Er hält diesen Gegenstand für den wichtigsten und beklagt sich, daß eine in diesem Sinne von ihm gestern überreichte Proposition noch keinen Platz im heutigen Moniteur gefunden. Er wurde ermächtigt, seinen Antrag später zu entwickeln. Der Quästor Degoussée theilte Namens der Quästur mit, daß diese die unterscheidenden Abzeichen der Deputirten jetzt festgestellt habe. In der Kammer solle jeder Vertreter ein rothes Band mit den Fasces der Republik im Knopfloche, bei Ceremonien außerhalb derselben aber eine dreifarbige Schärpe mit goldenen Frangen tragen. Beide Abzeichen wurden bei der Abstimmung angenommen und zugleich bemerkt, daß kein Mitglied ohne Band künftig Einlaß in den Saal finden werde, und daß die Schärpe von der linken Schulter nach der rechten Seite zu tragen sei. Der Präsident: „Ich empfange so eben ein Schreiben, durch welches einer unserer Kollegen, der Bürger Denissel, Vertreter für Pas-de-Calais, seine Demission giebt. Er begründet diese Demission auf das Selbstgeständniß, daß weder seine Fähigkeit, noch seine Erziehung den Pflichten und Anforderungen der Stellung eines Repräsentantan entspreche, welche nachzusuchen er so unklug gewesen sei." Herr Denissel: „Dies ist eine Fälschung; ich reklamire dagegen; der Brief ist unecht, ich habe ihn nicht geschrieben; es ist eine Fälschung, die ich dem Staatsanwalt anzeigen werde. (Gelächter.)" Der Präsident bemerkte, das Schreiben dürfe nicht als Scherz genommen werden; als eine vorsätzliche Fälschung wäre die Sache ernst genug. Auf Herrn Denissel's Antrag wurde das Schreiben dem Justizminister überwiesen, damit er zur Ermittelung des Urhebers der Fälschung eine Untersuchung veranlasse. Herr Matthieu trug demnächst darauf an, eine Wochen-Ausgabe des Moniteurs zu veranstalten, welche ausschließlich die Beschlüsse und Verhandlungen der Nationalversammlung enthalten solle. Plegnat wünschte den neuen Verfassungs-Entwurf so schleunig als möglich den Abtheilungen zu einer Vorprüfung überwiesen zu sehen, ehe er in öffentlicher Sitzung diskutirt werde. Ein anderes Mitglied wunderte sich, daß die vollziehende Gewalt den Hinterbliebenen der am 15. Mai gefallenen National-Gardisten noch keine Pension bewilligt habe. Duclerc, Finanzminister, versicherte, daß der Moniteur baldigst das diesfällige Dekret bringen werde. Man hat doch erst die Sache untersuchen müssen. Debeaux wollte demnächst eine Musterung der Handlungen der provisorischen Regierung vornehmen und die Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit mancher Dekrete prüfen; allein Cremieux eilte auf die Tribüne, um die Versammlung zu ersuchen, auf den Debeauxschen Antrag nicht einzugehen. Dies geschah, und der Debauxsche Antrag fiel durch. Hierauf entwickelte Herr St. Romme seinen Vorschlag, daß hinsichtlich der Nationalwerkstätten eine andere Einrichtung getroffen werden solle, weil ihre jetzige Einrichtung eine Hauptursache der Desorganisation der Arbeit sei. Herr Trélat, Minister der öffentlichen Arbeiten, äußerten, daß der Vorschlag unzweifelhaft die wichtigsten Interessen der Gegenwart berühre. Es sei aber am 17. eine Kommission aufgeklärter Männer zur Untersuchung der Arbeitsfrage niedergesetzt worden, und diese werde noch heute ihren Bericht über die von ihr vorgenommene Prüfung vorlegen. Die Beamten seines Ministeriums seien ihrerseits sämmtlich in Arbeit, um zur Lösung der Aufgabe zu gelangen. Er verlangte demgemäß, daß man der Regierung die nöthige Zeit lasse zur reiflichen Prüfung dieser wichtigen Frage, da man durch Uebereilung unmöglich etwas Gutes erzielen könne. Er beantragte darauf die Ueberweisung des Vorschlags an das Comité der Arbeiter. Genehmigt. Herr Ducour erinnerte daran, daß am Montage, als die Meuterer in den Saal gedrungen, die Versammlung eben mit einer wichtigen Frage der auswärtigen Politik beschäftigt gewesen sei. Die Ungewißheit, worin Frankreich über deren endliche Lösung schwebe, trage viel zu der im Lande herrschenden Aufregung und Unruhe bei. Bekanntlich wiederhole seit kurzem die Presse täglich Gerüchte, die aber eher Uebertreibungen, welche die Furcht eingegeben, zu sein, als den Stempel der Wahrheit zu tragen schienen. Auch habe er über diese Gerüchte erst den aufgeklärten Mann befragen wollen, der seit einigen Monaten Frankreichs auswärtige Angelegenheiten leite; es solle sich, werde gesagt, von einem Offensiv- und Defensiv-Allianz-Vertrag zwischen den vier großen territorialen Mächten Europa's handeln; wenn er den ihm gegebenen Aufklärungen glauben dürfe, so seien diese Gerüchte unbegründet, aber es sei doch zu wünschen, daß die Versammlung zu ihrem Leitfaden nicht Zeitungsgerüchte, sondern feierlich von dieser Rednerbühne herab gegebene Aufschlüsse habe. Die Versammlung möge daher einen der nächsten Tage für die Prüfung dieser Fragen und für die Erläuterungen anberaumen, welche die vollziehende Kommission geben zu müssen glaube. Er schlage vor, den Dienstag als den Tag festzusetzen, an welchem die Fragen bezüglich der auswärtigen Politik zu stellen seien. (Lärm. Stimmen: Lieber gleich.) Lamartine: „Die provisorische Regierung war keinen Augenblick in der mindesten Ungewißheit über die Haltung, welche anzunehmen und zu bewahren der Republik zieme. Aber sie schätzt sich glücklich, der Versammlung ankündigen zu können, daß kein einziges der verbreiteten düsteren Gerüchte die mindeste Begründung hat. Wir haben die vollkommene Gewißheit von einer vollständigen Uebereinstimmung der Gesinnungen mit Allem, was vernünftig, verständig und zugleich mitfühlend im Innersten der Französischen Nation mit Hinsicht auf die beiden berührten Fragen. Ich bin bereit, nächsten Dienstag kategorisch auf die doppelten Interpellationen vonneulich zu antworten, und ich hoffe, daß die Mittheilungen, welche die Regierung der Kammer dann zu machen haben wird, geeignet sein werden, die Besorgnisse des Landes ganz zu beruhigen und gleichzeitig dem eben erwähnten zwiefachen Interesse zu entsprechen, den hochherzigen Sympathieen Frankreichs für die unterdrückten Nationen und den Gesinnungen der Gerechtigkeit, Mäßigung und hohen Politik, welche die Berathungen der Staatsmänner in Sachen des Gefühls leiten müssen." (Beifall.) Der Präsident eröffnete zum Schlusse den Mitgliedern, daß sie sich morgen um 7 Uhr früh im Palaste der Nationalversammlung einzufinden hätten, um sich von da in corpore nach dem Marsfelde zu begeben. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

— Der neue Kriegs-Minister Cavaignac hat einen Tages-Befehl an die Armee erlassen, worin er unter Hinweisung auf die von irregeleiteten Soldaten

verübten Gewaltthätigkeiten und Subordinations-Widrigkeiten anzeigt, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet worden, und daß die Schuldigen, welche theilweise schon eingekerkert seien, die ganze Strenge der Militair-Gesetze treffen werde. Zum Schlusse belobt er das musterhafte Benehmen der Offiziere und Unteroffiziere.

— Sämmtliche Mitglieder des höheren Französischen Klerus wollen in einer Hauptstadt des Südens eine Versammlung halten, um sich für den Fall, daß die Zahlung der bisher vom Staate an die Geistlichkeit verabfolgten Gehälter eingestellt werden sollte, über die alsdann zu ergreifenden Maßregeln zu berathen.

— Unter den Rednern, welche in den Büreaus der National-Versammlung am entschiedensten gegen die Verbannung der Familie Ludwig Philipp's sprachen, war Napoleon Bonaparte, Sohn des Ex-Königs von Westfalen.

— Vorgestern wurden der von Ledru Rollin als Regierungs-Kommissar nach Troyes geschickte Herr Crevat und Herr Pierre Leroux, der auf der Liste der von den Meuterern am 15ten entworfenen Regierungsliste stand, mit zwei Begleitern verhaftet. Im Ganzen soll das Attentat vom 15ten bis jetzt 390 Verhaftungen veranlaßt haben. Zehn der Rädelsführer sitzen in Vincennes, die übrigen in den hiesigen Gefängnissen oder auf der Polizei-Präfektur. Manche soll man jedoch nach dem Verhöre wieder entlassen haben. Die Gazette des Tribunaux theilt als verbürgte Thatsache mit, daß der Gouverneur der Tuilerieen am 15ten Abends 80 Verhaftete, worunter 30 Leute Sobrier's, unter Bedeckung von 300 National-Gardisten, nach der Polizei-Präfektur abführen ließ, wo man sie übernahm und dem Chef der Bedeckung eine Bescheinigung über die richtige Ablieferung gab. Am anderen Morgen war keiner der Verhafteten mehr auf der Präfektur zu finden.

— Der Dienst auf der Nordbahn wird fortwährend durch 6000 Mann Linien-Truppen und 2000 Mann bewegliche National-Garde geschützt. Vom Arbeiter-Personal sind etwa 1200 wieder in Thätigkeit; die übrigen feiern noch.

— Der als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister mit einer Mission nach Berlin beauftragte Herr Emanuel Arago ist gestern nach seiner Bestimmung abgereist.

Großbritannien und Irland.

London, den 20. Mai. Die Linienschiffe „St. Vincent", 120 Kanonen, und „Prince Regent", 92 Kanonen, mit dem Contre-Admiral Sir Charles Napier sind auf der Rhede von Spithead von Cork angekommen.

— Dem gestern im auswärtigen Amte gehaltenen Kabinetsrathe wohnte der aus Italien zurückgekehrte Lord Minto bei.

— In der abgelaufenen Woche sind wieder 350,000 Unzen Silber und 4000 Unzen Gold nach dem Kontinent ausgeführt worden.

— Am 22. Mai findet in den Willis-Rooms ein Shakespeare-Ball statt, um dadurch den noch fehlenden Restbetrag des Kaufschillings für das Shakespeare-Geburtshaus in Stratfort zusammenzubringen. Die Herzogin von Norfolk und die Marquise von Londonderry gehören zu den Beförderern des Unternehmens.

Die Herren Hauseigenthümer, Kaufleute, Gewerbetreibende und wer sich sonst dafür interessirt, werden gebeten, bei Herrn Kaufmann Jahn heute eine Adresse an das Staats-Ministerium zu unterschreiben, welche gegen diejenige gerichtet ist, die das Deutsche National-Comité hier für sich an das Staats-Ministerium unterm 22sten d. zu erlassen für gut befunden, und welche in der hiesigen Deutschen Zeitung vom 25sten d. veröffentlicht worden.

Posen, den 28. Mai 1848.

Mehrere Hausbesitzer, Kaufleute und Gewerbetreibende.

Posen den 27. Mai. Herrn Lüpke und den „vielen Bürgern", in deren angeblichem Auftrage derselbe auftritt, nenne ich mich sehr gern als Verfasser des mit „Cr." gezeichneten Artikels in Nr 118. dieser Zeitung. Ich füge zugleich meine Wohnung bei, um denjenigen, die mir Beweise ihrer Unzufriedenheit zu geben wünschen, die mir „die Larve vom Kopfe reißen wollen", dazu die beste Gelegenheit zu verschaffen. Ich habe nie die Oeffentlichkeit gescheut; ich hätte sonst wohl auch den bezeichneten Artikel, wie es bei ähnlichen Artikeln der allgemeine Brauch ist, ohne alle Unterzeichnung geben können. — Meiner Ueberzeugung nach hat Herr Lüpke in seiner Entgegnung vom 24. Mai seinen angeblichen Auftrag jedenfalls bei Weitem überschritten. Er hat Waffen gebraucht, die sich selbst richten. Kein Unbefangener wird in dem Artikel vom 23. Mai eine „Verdächtigung des Ministerii", eine „Anmaßung des Gesammtausdrucks der Bevölkerung", eine „Absicht Zwietracht auszustreuen", finden. Der Schritt des Ministerii, die Adresse der Stadtverordneten-Versammlung sind gemißbilligt und der Ausdruck des Volkswillens in der letzteren bezweifelt worden. Das ist Alles und das ist meine Ueberzeugung; es ist auch die vieler Anderen. Zur weitern Vertretung derselben bin ich für „die vielen Bürger", für welche Herr Lüpke gesprochen haben will, sehr gern bereit, für Herrn Lüpke selbst nicht. Crousaz, Gerberstraße Nr. 7.

Bei den häufigen Feuersbrünsten in Posen liegt der Wunsch nahe, die Feuerlösch-Gerätschaften vermehrt zu sehen. In fast allen großen Städten findet man die sogenannten Prahmspritzen, welche, auf dem Wasser stehend, mit einer stets zudringenden Wassermasse und mit großer Kraft ganze Straßen zu bestreichen vermögen. Eine solche Spritze würde sich bei dem letzten Kleemannschen Brande sehr bewährt haben. Es wäre wünschenswerth, daß die städtischen Behörden diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuwendeten. Die Kosten können nicht füglich in Betracht kommen, da sie mit dem großen Nutzen, der für die Sicherheit des Eigenthums dadurch erwächst, nicht in Vergleich stehen und da, dem sichern Vernehmen nach, selbst das bei weitem kleinere Bromberg eine solche Spritze besitzt.

Ferdinand Günter
im Namen mehrerer Bürger.

Erwiderung auf den anonym eingesandten Artikel:
„Zum allgemeinen Besten."

Der Unterricht in der Luisenschule wird von den anwesenden Lehrern nicht vernachlässigt. Der kath. Religionslehrer Hr. Fromholz und der Zeichnenlehrer Herr Dutkiewicz sind nicht anwesend; es konnten ihre Stunden nicht besetzt werden; sonst sind die Kinder in der vollen Stundenzahl unterrichtet worden; ja, die Luisenschule hat den Unterricht früher begonnen, als die meisten andern Anstalten hierselbst, nämlich schon am 10. April c.

Dagegen wird von Seiten des Publikums so wenig Theilnahme gezeigt, daß viele Kinder, um das Schulgeld für sie zu ersparen, zurückbehalten werden. Der geringen Schülerzahl wegen haben die Parallelklassen zusammengeworfen werden müssen, und dennoch sind die Klassen schwach besucht.

Die Versammlungen der Bürger, des konstitutionellen Clubbs und des deutschen Comités fallen außerhalb der Schulzeit. Will man es in einem konstitutionellen Staate den Lehrern nicht für eine Erfüllung ihrer Pflicht, sondern als einen Fehler anrechnen, wenn sie sich, unbeschadet ihrer Berufsthätigkeit, am öffentlichen Leben betheiligen?

Uebrigens halten wir dafür, daß jener Artikel, der so ohne Weiteres ein ganzes Lehrer-Collegium verdächtigt, nicht „zum allgemeinen Besten", vielmehr lediglich zur Befriedigung einer persönlichen Animosität abgefaßt worden ist.

Im Namen des Lehrer-Collegii der Luisenschule.
Dr. Barth. Hensel. Vanselow. Schönke. Wolinski. Kuhm.

Auf die bescheidene Anfrage in der Zeitung vom 26. d. M.

Man nenne doch den fraglichen Schullehrer öffentlich, gebe für die Behauptung, daß er thätigen Antheil an der Insurrektion genommen, Beweismittel an, und die Antwort der Behörden wird sicherlich nicht ausbleiben.

Die Königl. Regierung zu Bromberg hat schon längst Mitglieder ihres Kollegii in ihren Bezirk gesendet, um die Einsassen über die Tendenzen und die nachtheiligen Folgen der Insurrektion, so wie die Allerhöchste Willensmeinung, in Bezug auf die Reorganisation, Religion rc. zu belehren. Was hat dagegen die hiesige Königliche Regierung gethan? Sie hat einen Rath nach Grätz und Umgegend gesendet, um das Benehmen der Beamten während der Insurrektion zu untersuchen, und derselbe zu dem Ende seine Wohnung bei einem Manne in Grätz genommen, über dessen politische Gesinnungen die Gegenwart nur zu deutlich gesprochen hat. Was thut der Herr Ober-Präsident und die hiesige Königliche Regierung jetzt zur Beruhigung der noch immer aufgeregten und entflammten Gemüther? Man befrage darüber nur ihre in den Promenaden häufig sichtbaren Mitglieder. —

Erwiederung

auf den Artikel des Herrn Oberlandesgerichtsassessor Fischer, in der Beilage zur Zeitungs-Halle No. 117. u. s. w.

Der ebenso unbegründete, als wenig würdig gehaltene Angriff, welchen Herr Ober-Landes-Gerichts-Assessor Fischer in dem vorstehend bezeichneten Artikel auf die Glaubwürdigkeit der amtlichen militairischen Berichte über die hiesigen Vorfälle sich erlaubt, entbehrt zu sehr aller thatsächlichen Unterlage, als daß er irgend einer Widerlegung fähig wäre. Den Berichten des General-Kommandos stellt Herr rc. Fischer seine Nachrichten ohne nähere Angabe der Quelle entgegen!!

So viel man Herrn Fischer hier kennt, hat ihn sein Eifer für die Wahrheit nicht wohl so weit getrieben, daß er den beregten Gefechten als Augenzeuge gefolgt wäre. Er hat ja nicht einmal den Muth gehabt, die jetzt schon veralteten amtlichen Berichte früher Lügen zu strafen, ehe er die hiesige Stadt verlassen hat! Zur Beurtheilung seiner eigenen Glaubwürdigkeit diene aber Folgendes: Herr rc. Fischer, ein Westphale, ist im vorigen Jahre als frischer Ueberläufer vom Protestantismus zum Katholizismus hier angekommen. Er vertheidigte damals lebhaft den schweizerischen Sonderbund und mehr noch die heiligen Väter Jesuiten! —

Dabei trug er auch einen gewissen Liberalismus zur Schau, wie er uns bei dieser Art Leute nicht selten als innerer Widerspruch begegnet. — Nicht minder räthselhaft verhielt er sich zu der neusten polnischen Angelegenheit. Wenige von denen, die mit ihm in Berührung kamen, konnten ihm Vertrauen schenken; Manche hielten ihn sogar für einen Zuträger der feindlichen Parthei, da er nicht nur mit der polnischen Geistlichkeit näher verkehrte, was seinem Standpunkte ganz angemessen war, sondern auch die zuvorkommende Gastfreundschaft protestantischer Familien eifrig pflegte und bei dieser Gelegenheit mehr eine auffallende Forschbegierde, als eine aufrichtige Zuneigung an den Tag zu legen schien.

Genug, Herr Fischer ist ein Mann, der klüger handelte, wenn er die Vertheidigung des letzten polnischen Aufstandes anonym fortführte.

Was indeß den quäst., mit seiner Namensunterschrift versehenen Artikel betrifft, so wird über denselben vor Gericht entschieden werden.

Posen, den 23. Mai 1848.

Die Schlesische Zeitung liefert ihren Abonnenten die stenographischen Berichte sowohl des deutschen Parlaments zu Frankfurt, als auch der National-Versammlung zu Berlin zu dem Preise von 10 Sgr. für je 30 Druckbogen. Durch ein Uebereinkommen mit der Expedition jener Zeitung sind auch wir in den Stand gesetzt, unseren Abonnenten diese Verhandlungen zu demselben Preise zu geben, und bitten uns baldige Bestellungen zugehen zu lassen.

Die Expedition der Posener Zeitung.

Stadttheater.

Heute Sonntag den 28. Mai zum Zweitenmale: Die Breitestraße und die Büttelgasse, oder: Alles will heirathen; Original-Lustspiel in 5 Akten nach dem Dänischen des Th. Overskou für die Deutsche Bühne bearbeitet von C. Pallesen.

Bekanntmachung.

In der ersten Hälfte des Monats Juni c. wird der Wollmarkt stattfinden. Damit auswärtige Käufer und Verkäufer durch die jüngsten Ereignisse im Großherzogthum Posen sich vom Besuche des Wollmarktes nicht abhalten lassen mögen, erkläre ich hiermit, daß die Ruhe in der Provinz hergestellt ist, und die Landstraßen vollkommen sicher sind.

Posen, den 26. Mai 1848.

Der Königliche Kommissarius, General der Infanterie
v. Pfuel.

Bezugnehmend auf die vorstehende Erklärung bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß der Frühjahrs-Wollmarkt in Posen an den Tagen vom 12. bis 14. Juni c. abgehalten werden wird. Die Lagerung der Wolle geschieht auf dem alten Markte und den angrenzenden Straßen. Für möglichst zweckmäßige Einrichtungen zur Förderung des Geschäfts wird Sorge getragen werden.

Posen, den 26. Mai 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des für den hiesigen Festungs-Bau pro 1848 erforderlichen Quantums Kollophonium, Schlemmkreide, Steinkohlenpech, Holztheer, Holz- und Steinkohlen und Schwefel, soll im Wege der öffentlichen Submission und einer eventuellen daran zu knüpfenden Licitation den Mindestfordernden übertragen werden, wozu ein Termin auf

Freitag den 2. Juni cr. Vormittags 9 Uhr im Büreau der Festungs-Bau-Direction ansteht. Lieferungslustige werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß im genannten Büreau die nähern Bedingungen und die zu liefernden Quantitäten eingesehen werden können. Auch werden im gedachten Büreau zur oben angegebenen Zeit, bis wohin die eingegangenen schriftlichen Offerten, auf deren Adresse der Inhalt zu vermerken ist, eröffnet werden und die weiteren Verhandlungen stattfinden. Posen, den 27. Mai 1848.

Königliche Festungs-Bau-Direction.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Königlichen Oberlandesgerichts zu Posen soll eine im Wege der Exekution abgepfändete Bibliothek, bestehend aus 2022 zum Theil sehr schätzbaren Werken, verschiedenen Sprachen-Inhalts, auf den 23. Juni 1848 resp. die folgenden Tage des Vormittags von 8 Uhr und des Nachmittags von 3 Uhr ab, in dem Hause des Maurermeisters Stern zu Posen an der Wilhelmsstraße No. 1., öffentlich meistbietend verkauft werden, wozu Kauflustige hiermit eingeladen werden.

Posen, den 25. Mai 1848.

Im Auftrage des Königlichen Oberlandesgerichts, der Oberlandesgerichts-Referendarius Bittner.

Pferde-Auction.

Am 17ten Juni d. J., Vormittags 9 Uhr, sollen zu Landsberg a. W. mehrere auszurangirende Zuchtstuten, zum Theil mit ihren Saugefüllen, so wie eine Anzahl dreijähriger Hengste und ein- und zweijähriger Hengst- und Stutfohlen des Zuchtgestüts in Zirke, gegen gleich baare Bezahlung in Preuß. Courant meistbietend verkauft werden. Die näheren Bedingungen, so wie die zum Verkauf zu stellenden Pferde selbst, sind Tages zuvor am Standorte in Landsberg zu sehen.

Zirke, den 24. Mai 1848.

Königl. Preuß. Posensches Land-Gestüt.

Bekanntmachung.

Der Zustand der Fonds der Landschaft ist nachstehender:

Das bis jetzt bewilligte Pfandbriefs-Kapital beträgt
a) in 4 % Pfandbriefen . . . 13,759,200 Rthlr.,
b) in 3½ % dto . . . 7,777,900 =
zusammen . . . . . 21,537,100 Rthlr.

Hiervon sind abgelöset:

1) durch planmäßige Tilgung:
a) in 4 % Pfandbriefen . . . . 4,155,300 Rtlr.
b) in 3½ % dto. 650,900 =
2) durch Kündigung von Seiten der Pfandbriefsschuldner:
a) in 4 % Pfandbriefen . . . . 865,975 =
b) in 3½ % dto. . . . 840 =
zusammen . . . . . 5,673,015 Rthlr.

Es bleibt mithin ein Pfandbriefs-Kapital von . . . . 15,864,085 Rthlr., von welchen die Zinsen an die Pfandbriefs-Inhaber pünktlich gezahlt worden sind. Auch sind die Zinsenreste unbedeutend.

Zum Salarien- und Kostenfonds sind von Weihnachten 1846 bis Weihnachten 1847 eingegangen:
1) die Zinsen von den in dem eigenthümlichen Fonds vorhandenen Pfandbriefen . . . . 10,482 Rtlr. 25 sgr. 6 pf.,
2) die Gebühren für neu ausgefertigte Pfandbriefe . . . . 3031 = 9 = 10 =
3) das von den Schuldnern zur Bestreitung der Verwaltungskosten bezahlte ¼ % . . 24,112 = 27 = — =
und 4) an außerordentlichen Einnahmen, nämlich: Verzugszinsen, Depositalgebühren, Miethe von den im Landschaftshause vermietheten Localien 2c. . . . . . 2048 = 25 = 8 =
Summa 39,675 Rtlr. 28 sgr. — pf.,

Verausgabt ist dagegen zu den Gehältern, Pensionen, Gratifikationen, Diäten und Reisegebühren, Verwaltungskosten des landschaftlichen Hauses, Auslagen für die Zahlung der Pfandbriefszinsen in Berlin und Breslau, Porto und Botenlohn, Insertionen, Drucksachen, Pfandbriefs- und Schreibmaterial, Beheizung und Beleuchtung, so wie sonstige Bureaukosten . . . . . 23,086 Rthlr. 9 sgr. 6 pf.

Es verbleibt daher ein Bestand von . . . . . . 16,589 Rthlr 18 sgr. 6 pf., welcher zu dem eigenthümlichen Fonds der Landschaft vereinnahmt worden. Zu diesem Fonds gehört das Landschafts-Gebäude und das rückständige Kaufgeld für die auf dem Graben sub No. 31. und 32. belegenen Grundstücke, welches auf denselben mit 14,650 Rthlr. eingetragen ist, und zu dessen Amortisation sich schon 720 Rthlr. in 3½ % Pfandbriefen und 40 Rthlr. 12 sgr. baar in der General-Landschafts-Kasse befinden. Die Gesammtsumme des eigenthümlichen Fonds besteht gegenwärtig aus 574,184 Rthlr. 17 sgr. 5 pf. in Pfandbriefen und Courant, einschließlich des in Gemäßheit des §. 7. der Verordnung vom 15ten April 1842 von den 3½ % landschaftlichen Darlehnen seit Weihnachten 1827 bis Weihnachten 1842 nachgezahlten ¼ Procent, welches 20,620 Rthlr. in 3½ % Pfandbriefen und 699 Rthlr. 26 sgr. 3 pf. baar ausmacht.

Posen, den 18. Mai 1848.

General-Landschafts-Direktion.

Nachlaß-Auktion.

Dienstag den 30sten Mai Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Königl. Regierungsgebäude, Eingang im Hofe die erste Thüre links Parterre, mehrere Nachlaß-Sachen, bestehend in Möbeln, Haus- und Küchengeräthe, nebst verschiedenen andern Gegenständen, gegen baare Zahlung in Pr. Cour. öffentlich versteigert werden.

Schulwesen.

Da meine seit dem 1sten Mai c. eröffnete Privat-Schule für Knaben von 5 Jahren ab sich bereits des Vertrauens achtbarer Eltern zu erfreuen hat, so erlaube ich mir, solche nunmehr zur weitern Beachtung zu empfehlen.

A. Meyer,
vis-à-vis der neuen Brodhalle No. 16.

Anzeige für Reisende nach Amerika.

Nach Neu-York wird den 2ten Juni expedirt das große, schöne, dreimastige Englische Schiff Toronto, Capt. J. Wilbunn, und ferner monatlich 3 bis 4 Schiffe.

Die Ueberfahrtspreise sollen den Passagieren sehr billig gestellt werden.

Langjährige Erfahrung setzen mich in den Stand, Alles zu veranstalten, was den Reisenden die Beschwerlichkeiten der Reise erleichtert, und eine strenge Reellität sichert denselben eine gute und hinlängliche Versorgung mit Lebensmitteln zu, wodurch Unterzeichneter sich der vollkommensten Zufriedenheit und des Dankes aller bisher von ihm beförderten Personen erfreut, und worüber ich vielfache briefliche Beweise vorlegen kann.

Israeliten erhalten auf Verlangen eine besondere Kochstelle, so wie die Lebensmittel den Vorschriften ihrer Gesetze gemäß.

Nähere Auskunft ertheile ich auf portofreie Briefe.

J. J. Mansfeld,
Mühlenstraße Nro. 8. in Hamburg.

Da wir zu dem am 11. c. hier stattgefundenen deutschen Volksfeste alle hierzu nöthigen Posamentier-Waaren, bestehend aus: Fahnen, alle Arten Schärpen für Bürger und Militair, Portepees, deutsche Kokarden für Herren und Damen in den neuesten Mustern geliefert haben, und stets Vorrath von diesen Artikeln halten, so empfehlen wir uns damit für die noch in andern Städten stattfindenden Feste, und versprechen bei billigsten Preisen die prompteste Bedienung. Auch Schärpen, Epaulettes, Portepees und Kandilienraupen für Schützengilden und Bürgerwehr, sowie alle Arten Posamentier-Arbeiten, liefern wir zu den billigsten Preisen. Die Posamentierfabrik von

J. Zadek & Comp., Markt No. 59.

Ein in Breslau bereits eingerichtetes reelles Cigarren- und Tabak-Geschäft, verbunden mit eigener Cigarrenfabrikation, ist eingetretener Familien-Verhältnisse wegen mit c. 1200 Rthlr. vortheilhaft zu acquiriren. — Reflektirende empfangen nähere Auskunft von dem Kaufmann Fried. Scholz, Kupferschmiedestraße Nro. 13. in Breslau.

Preußisch-Deutsche Bürgerwehrmützen in allen Größen empfiehlt zu den billigsten Preisen **Götz Asch, Breitestraße 108.**, Kürschnermeister.

Trockene Räume für 1000 Ctr. Wolle.

Meinen geehrten Gästen, welche auch dieses Jahr ihre Wolle auf meinem Hofe placiren wollen, werden gebeten, mir recht zeitig Anzeige zu machen, damit ich die nöthigen Vorkehrungen treffen kann.

J. N. Pietrowski, Inhaber des Hôtel à la ville de Rôme.

Von Michaeli d. J. ab ist in meinem Hause, Breitestraße No. 10., ein schöner geräumiger Laden von 2 Fenstern, worin gegenwärtig ein Kurzwaarengeschäft ist, nebst Wohnung und Remisen zu vermiethen.

A. J. Flatau.

Unter Nro. 18. Büttelstraße ist ein Zimmer vom 1. Juni d. J. zu vermiethen.

Unter Nro. 9. Breslauerstr. ist zu vermiethen eine Bier-Brauerei mit Speicher, Kellern und allem zu dieser Fabrik nöthigen Zubehör.

Heute Sonntag den 28. Mai c.: Handwerker-Versammlung beim Herrn Zychlinski, Friedrichsstraße. Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Anfrage. Will Herr Fischer an Stelle des Herrn Krauthofer-Krotowski Justiz-Minister werden, oder wird er etwa seinen Sommersitz in Owinsk aufschlagen?

Herr Assessor Fischer sehnt sich von hier in mehr Deutsche Gegenden. Vielleicht nach Leubus oder Siegburg?

Getreide-Marktpreise von Posen,

den 26. Mai 1848. (Der Scheffel Preuß.)	Preis von Rtl.	Sgr.	Pf.	Preis bis Rtl.	Sgr.	Pf.
Weizen d. Schfl. zu 16 Mtz.	1	10	—	1	23	4
Roggen dito	—	26	8	1	1	1
Gerste	—	26	8	1	1	1
Hafer.	—	17	9	—	20	—
Buchweizen	—	26	8	1	1	1
Erbsen	1	1	1	1	4	5
Kartoffeln	—	13	7	—	14	3
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	27	6	1	—	—
Stroh, Schock zu 1200 Pf.	4	20	—	5	10	—
Butter das Faß zu 8 Pfd.	1	15	—	1	20	—